

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen ...

Hundertundvierter Jahrgang.

Nr. 88

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal.

Montag, 5. Februar.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspalte oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Zum russischen Handelsvertrage.

Δ Berlin, 4 Februar.

Der russische Handelsvertrag ist unterzeichnet. Der „Reichsanzeiger“ wird den Tarif am Dienstag veröffentlicht; höchstens um einen weiteren Tag könnte sich die Publikation allenfalls noch verzögern.

Was werden würde, wenn der Handelsvertrag gleichwohl fiele, darüber braucht man sich heute noch keine Sorgen zu machen. Der Eifer aber, mit dem gerade die Konservativen diese Zukunftsmöglichkeiten durchstöbern und in jeden Winkel hinein beleuchten, spricht nicht gerade für ein gutes Gewissen.

steigern dürfe oder gar solle. Hier thut sich die Sackgasse auf, in die die agrarische Fronde unvermeidlicherweise gerathen muß.

Politische Uebersicht.

Die „Konf. Kor.“ setzt die Arbeiterfreundlichkeit der Konservativen in das hellste Licht, indem sie erklärt, nachdem die Getreidezölle, aus deren Erträgen die Steuernachlässe, Aufhebung des Schulgeldes (!) zum Besten der Arbeiterklassen bestritten werden, „unterbunden“ seien, „werde der Arbeiterschaft der Steuerdruck wieder fühlbarer gemacht und die Besteuerung der unteren Klassen der Einkommensteuer wieder hergestellt werden müssen.“

Bei der Berathung des Antrages Gröber u. Gen., betreffend Bestrafung des Kaufens von Nichtmitgliedern in Konsumvereinen in der Reichstagsitzung vom 17. Jan. d. J. hat Abg. Klemm-Dresden (Antisemit) behauptet, es gebe auch Konsumvereine unter kaiserlicher Flagge, nämlich auf der kaiserlichen Werft in Gaarden, ein Geschäft für Bier und Branntwein und zwei „Verkaufsstellen der kaiserlichen Werft“ in Gaarden und Kiel, die auch an Nichtarbeiter verlaufen.

Der Civilehe-Vorlage in Ungarn, die ohnehin auf sehr ernste politische Widerstände stößt, drohen neue Schwierigkeiten zu erwachsen, deren Ursprung in den verwickelten staatsrechtlichen Verhältnissen des Königreichs liegt. Die Rechtslage dieser Verhältnisse ist aber folgende: Zwischen Oesterreich und Ungarn besteht der von zehn zu zehn Jahren erneuerte Ausgleichsvertrag, der beiden Reichstheilen unter Festhaltung gewisser gemeinsamer Angelegenheiten staatliche Selbständigkeit sichert.

Im Justizaussschusse des ungarischen Abgeordnetenhauses hatte man die Erörterung dieses Punktes sowie der Frage, inwieweit Mitglieder des Herrscherhauses dem Civilehegesetz unterstehen, bis zum Schlusse der ganzen Verhandlungen hinausgeschoben. Hinsichtlich der Geltung des neuen Gesetzes für das Herrscherhaus beantragt die Regierung die Bestimmung, daß Mitglieder der Dynastie in Oesterreich nach österreichischem und in Ungarn nach ungarischem Recht eine Ehe eingehen können, und daß in Ungarn der Minister des Innern oder der Justizminister als Ständesbeamter einzutreten habe.

Wie wir in der letzten Morgennummer schon nach der „Voss. Ztg.“ gemeldet haben, herrscht auf der Insel Kreta unter den Christen eine ernste Gährung. Ueber die Veranlassung dazu wird berichtet:

Der Generalgouverneur ließ jüngst vier Christen, die wegen verschiedener Verbrechen zum Tode verurtheilt worden waren, hängen. Mehrere Muselmänner waren ebenfalls zum Tode verurtheilt, aber nur einer wurde hingerichtet. Ueber diese scheinbare Ungerechtigkeit der Behörden erbittert, ergrißen die Christen Repressalien. Zwei Türken wurden in der Nachbarschaft von Selino gehängt vorgefunden. Massenverhaftungen folgten dieser Ausschreitung des Fanatismus der Christen gegen die Mohammedaner. Alle ausländischen Konsuln in Kreta,

mit Ausnahme des russischen, protestirten gegen die Hinrichtung der Christen und richteten Vorstellungen an ihre Regierungen. Die Hinrichtungen erregten um so mehr Entrüstung, als ungeachtet der häufigen Aufstände und politischen Wirren früherer Jahre ein Todesurtheil in Kreta seit länger als einem halben Jahrhundert nicht vollstreckt worden ist.

Es wird abzuwarten sein, ob diese Meldungen sich bestätigen. Besonders verdächtig ist die Behauptung des vorstehenden Berichts, der russische Konsul habe sich von dem Proteste ausgeschlossen. Wäre den orthodoxen Christen wirklich ein Unrecht widerfahren, so wäre dieser der erste gewesen, der Vorstellungen erhoben hätte. Deutschland hat in Kanea keinen Vertreter; die deutschen Interessen werden vom österreichisch-ungarischen Generalkonsul wahrgenommen.

Das norwegische Storting ist in Christiania eröffnet worden. Sivert Nielsen wurde zum Präsidenten, Ullmann zum Vizepräsidenten gewählt. Die radikale Partei hat also wieder gesiegt, der alte Tanz gegen Schweden und die Union kann von neuem beginnen. Wie die neue Tonart sein wird, hat neulich Björnstieme Björnson in „Vedens Gang“ gezeigt, als er schrieb, daß der König ein noch größerer Landesverräter wäre als sein Stammvater Bernadotte. Die Hoffnung auf eine Besserung der Beziehungen zwischen Schweden und Norwegen wird man wohl aufgeben müssen, so lange solche Politiker, deren Auslassungen nur noch pathologisches Interesse erregen können, das große Wort in Norwegen führen.

Deutschland.

□ Berlin, 4. Febr. [Das Kaiser Wilhelms-Denkmal.] Wir haben bisher von den Nachrichten nicht Notiz genommen, die ein größeres Entgegenkommen an den Standpunkt des Reichstags in Sachen des Kaiser Wilhelms-Denkmal anknüpften. Wie bekannt, ist gemeldet worden, daß der Kaiser sowohl in der Platzfrage nachgeben, wie auch eine Umarbeitung des Denkmals in der Richtung zulassen wolle, daß die Standbilder Bismarcks und Moltkes am Sockel Platz finden. Gegenwärtig sind wir in der Lage, unser sofort gehegtes Mißtrauen gegen diese Mittheilungen zu begründen. Uns wird berichtet, und ein Mitarbeiter eines hiesigen Blattes hat dasselbe von Begas direkt gehört, daß wohl Aenderungen an der Denkmalsanlage stattfinden werden, daß aber an dem Grundgedanken des Begasschen Entwurfs festgehalten werden soll. Begas weigert sich durchaus, die Standbilder der Paladine des alten Kaisers am Postament paradieren zu lassen. Er hat die nach unserer Meinung wohlberechtigte Auffassung, daß es nicht die Aufgabe des Künstlers sein kann, einen Abriß der politischen Geschichte der drei letzten Jahrzehnte in Stein und Erz zu geben, sondern daß die Gestalt des alten Kaisers mit allgemein verständlicher Symbolisirung des Wesentlichsten, mit einer idealen Herausarbeitung der Herrscherwürde, Macht und Größe vor das Volksgemüth hinzustellen ist. Begas erklärt wörtlich: „Der Kaiser, umgeben von überlebensgroßen Figuren seiner Paladine, in strammen Uniformen, würde ein Soldatendenkmal eher als ein Nationaldenkmal sein. Solche Figuren gehören ins Panoptikum, aber nicht auf ein Denkmal, welches den Kaiser Wilhelm I. und seine Zeit verherrlichen soll. Vielen Leuten ist aber dieses Panoptikum die größte deutsche Kunstschalle.“ Für die Kunstphilister — selbstverständlich giebt es im Reichstage keine — sind das etwas bittere Wahrheiten. Die Sache steht nun so, daß die Statuen Bismarcks, Moltkes und anderer Mitarbeiter am Werke nationaler Einigung in der umrahmenden Halle aufgestellt werden sollen, und daß der Kaiser im Einverständnis mit dem Künstler diese Halle nicht opfern will, wie es verschiedentlich in der Budgetkommission des Reichstags verlangt worden ist. Bevor die Kommission sich schlüssig macht, wird sie Gelegenheit haben, das fertige Modell der Kaiserstatue in der vollen Größe der zukünftigen Ausführung zu betrachten. Die Kommissionsmitglieder werden dabei die gewiß für sie erfreuliche Wahrnehmung machen, daß es übereilt gewesen wäre, nach dem dürftigen Modell in Tafelaussatzgröße zu urtheilen, das Begas mit dem Reichthum eines Künstlers, der sich verstanden glaubt, weil er sich selber versteht, im Reichstagsfoyer hat aufstellen lassen. Begas läßt es auch sonst an wirksamer Abweisung der gegen seinen Entwurf gerichteten Angriffe fehlen. So geht gegenwärtig eine Notiz durch die Blätter, die es beklagt, daß die Straße an der Schloßfreiheit durch die Denkmalsanlage in verkehrstürender Weise weiter verengt werden soll. Das gerade Gegentheil ist richtig. Die Straße wird beinahe auf das Doppelte ihrer jetzigen Breite gebracht werden. Für den Platz an der Schloßfreiheit können wir uns heute so wenig wie früher erwärmen, und die Mängel des Begasschen Entwurfs haben





